

Eilantrag

öffentlich

Datum	30.11.2022	Nummer	A0256/22
Absender			
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport			
Adressat			
Vorsitzender des Stadtrates Prof. Dr. Alexander Pott			
Gremium	Sitzungstermin		
Stadtrat	08.12.2022		

Kurztitel

Magdeburger Erklärung "Die Bildung unserer Kinder geht uns alle an!"

Der Stadtrat möge beschließen, folgende Erklärung abzusenden:

Magdeburger Erklärung «Die Bildung unserer Kinder geht uns alle an!»

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff,
sehr geehrte Frau Ministerin Feußner,
sehr geehrter Herr Minister Prof. Dr. Willingmann,
sehr geehrter Herr Minister Richter,
sehr geehrte Mitglieder der Ausschüsse für Bildung, Wissenschaft sowie für Finanzen
des Landtages von Sachsen-Anhalt,

die Bildung unserer Kinder geht uns alle an! Der Mangel an Lehrkräften und Schulpädagogen in Sachsen-Anhalt steigt seit Jahren dramatisch an. Ein Ende dieser alarmierenden Entwicklung ist nicht in Sicht. Aufgrund der unausgewogenen Altersstruktur der Lehrkräfte können derzeit selbst Seiteneinsteiger und neue Lehramtsabsolventen die jährlichen Eintritte in den Ruhestand nicht kompensieren. In der Folge wird eine Vielzahl an Unterrichtsstunden im ganzen Land nicht erteilt. Dieser massive Unterrichtsausfall schränkt nicht nur das im Schulgesetz garantierte Recht unserer Kinder auf Bildung ein, es bedroht auch die Zukunftsfähigkeit des Standorts „Sachsen-Anhalt“. Deshalb ist dringend eine gemeinsame Verständigung und ein klares Bekenntnis zu wirksamen und zügig umzusetzenden Maßnahmen in der kurzen, mittleren und langen Frist erforderlich.

Mit dieser Erklärung fordern Kommunalpolitiker und Elternvertreter sowie die Wirtschaft der Stadt Magdeburg eine zügige und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit den akuten Problemen in der Unterrichtsversorgung. Wir sehen und befürworten die bereits herbeigeführten Änderungen beispielsweise in der Ausschreibungs- und Einstellungspraxis für unbesetzte Stellen. Gleichzeitig möchten wir jedoch unterstreichen, dass darüber hinaus ein weiterer, dringender Handlungsbedarf besteht. Aus diesem ergibt sich der nachfolgende Forderungskatalog mit zehn konkreten Maßnahmen:

1. **Flexibilisierung innerhalb des Personalbudgets des Bildungsministeriums**
Die Schulen dürfen nicht der Ort gezielter Haushaltseinsparungen sein. Deshalb muss ein Teil des nichtverausgabten Haushaltsbudgets im Bereich der ungenutzten VZÄ- Stellen zur Erhöhung der Anzahl pädagogischer Mitarbeiter*innen und Schulverwaltungsassistent*innen genutzt werden können.
2. **Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen durch Ausweitung schuleigener Budgets.** Jeder Schulleitung muss ein planbares und frei verfügbares Budget zur Verfügung stehen, um schnell, unkompliziert und direkt vor Ort Honorarkräfte von außen gewinnen zu können, die Lehrer- oder Betreuungsstunden vertreten (z.B. entsprechend ausgebildete Eltern, Vereins- oder Unternehmensmitglieder).
3. **Bessere Bedingungen für Seiteneinsteiger und mehr Werbung für den Seiteneinstieg** Für Seiteneinsteiger*innen muss ein Mentorenprogramm etabliert werden, um die hohen Abbrecherquoten zu senken. Außerdem muss - ähnlich wie bei Referendaren - der Start in der Schule mit abgesenktem Deputat erfolgen. Insgesamt muss der Seiteneinstieg in den Lehrerberuf deutlich stärker beworben werden.
4. **Ausbau der digitalen Inhalte des Bildungsservers des Landes**
Die personellen Kapazitäten zur Erstellung digitaler Unterrichtsinhalte müssen deutlich ausgebaut werden (Bsp.: Webakademie). Diese digitalen Inhalte müssen allen Lehrenden und Lernenden in Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt und entsprechend beworben werden.
Um Lehrkräfte in der Vorbereitung und der Durchführung des Unterrichts zu entlasten, und um fehlende Lehrerstunden im Notfall ersetzen zu können, muss der Bildungsserver des Landes schnellstmöglich um pädagogisch und didaktisch fachkompetent erstellte, digitale Bildungsinhalte erweitert werden. Dazu gehört eine Lehrmittel-Datenbank mit geeigneten und altersgerecht aufbereiteten Lehrvideos, passenden Kontroll- und Mitarbeitskonzepten für die Schüler sowie individuelles Feedback als Leistungskontrolle. Diese digitalen Inhalte sind in Modul-Struktur anzubieten, so dass eine Lehrkraft bspw. für die Vermittlung von Grundlagenstoff über 1 bis 2 Wochen vollständig auf digitale Inhalte zurückgreifen, und dann den Unterricht nach kurzer Wiederholung aufbauend auf den Grundlagen übernehmen kann.
5. **Optimierung der Lehramtsausbildung**
Die vorhandenen Ressourcen im Rahmen der Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU) müssen stärker genutzt und die Möglichkeiten verschiedener Fächerkombination ausgeweitet werden. Dieser Aufwuchs muss im Budget der OvGU im Einzelplan 06 des Landeshaushalts entsprechende Berücksichtigung finden. Darüber hinaus muss die Anzahl an Studienplätzen in Sachsen-Anhalt so weit ausgebaut werden, dass unser Bundesland den eigenen Bedarf deckend ausbildet.
6. **Stärkere institutionelle Unterstützung der Schulen bei Umsetzung von Ganztagschulkonzepten und Aufbau von Schulentwicklungsnetzwerken in allen Kommunen unter Einbezug der jeweiligen regionalen Wirtschaft und Vereine** Die Weiterentwicklung und Umsetzung von Ganztagschulkonzepten muss konsequent vorangebracht werden.

Die Schulen – und mit Blick auf den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch insbesondere Grundschulen – müssen stärker bei den damit einhergehenden Prozessen unterstützt werden. Um den Ansprüchen der Wirtschaft an den Lernort Schule besser gerecht zu werden und die Lernenden besser auf die Herausforderungen der Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten, müssen die Schulen der Zukunft besser mit der umliegenden Wirtschaft vernetzt sein, deren Expertise nutzen und innovative, praxisorientierte Lerninhalte und –formen entwickeln. Darüber hinaus sollen auch Vereine gemeinsame Synergieeffekte mit dem Lernort Schule nutzen können. Neben der Stärkung des Ehrenamtes schafft dies für die Schulen in Zeiten der akuten Personalnot u. a. neue Möglichkeiten der Ausweitung eigener Angebote von Arbeitsgemeinschaften.

7. **Verstetigung und Ausweitung der Schulsozialarbeit**
Im Sinne einer nachhaltigen Personalplanung muss eine klare und verlässliche Position zur Verstetigung und Ausweitung der Schulsozialarbeit entwickelt und kommuniziert werden. Langfristig sollte jeder Schule mindestens ein Schulsozialarbeiter zur Verfügung stehen.
8. **Mehr Einsatz von Digitalassistenten und Schulverwaltungsassistenten**
Schulleiter und Lehrkräfte müssen stärker entlastet werden, damit sie so weit wie möglich für ihre eigentlichen Lehraufgaben zur Verfügung stehen. Jede größere Schule muss mit einem Schulverwaltungsassistenten ausgestattet werden – kleinere Schulen sollten im Verbund betreut werden. Darüber hinaus muss jede Schule Zugriff auf Digitalassistenz erhalten.
9. **Ausbau einer datengestützten Schulentwicklung**
Die zwingend erforderlichen Transformations- und Planungsprozesse am Lernort Schule müssen künftig deutlich stärker datengestützt begleitet werden, um die Qualitätsentwicklung der Lehre und Lerninhalte zielgerichteter vorantreiben, den Leistungsfortschritt der Lernenden entsprechend evaluieren und eine nachhaltige Personalplanung gewährleisten zu können. Insbesondere die Bedarfsplanung an künftigen Lehrkräften sowie Lehramtsstudienplätzen muss deutlich vorausschauender umgesetzt werden. Deshalb braucht es eine frühzeitige Anpassung der künftig benötigten Anzahl an Pädagogen (VZÄ) an sich verändernde Schülerzahlen, wie sie auch als Kernforderung des Volksbegehrens aus dem Jahr 2020 formuliert und später im Thesenpapier zum „Schulfrieden des Landes Sachsen-Anhalt“ im Konsens verabschiedet wurde. Dies soll langfristig durch die Formulierung und gesetzliche Fixierung eines festen Personalschlüssels in Abhängigkeit von den Schülerzahlen, ähnlich der im KiFöG verankerten Betreuungsrelation, realisiert werden.
10. **Wettbewerbsnachteile gegenüber benachbarten Bundesländern ausgleichen**
Viele Bundesländer haben bereits die Besoldung/ Entlohnung von Lehrenden im Grundschulbereich angepasst. Zur Reduktion der entstehenden Wettbewerbsnachteile sollte ein Stufenplan zur Anhebung der Entlohnung von Grundschullehrkräften erstellt und umgesetzt werden. Darüber hinaus muss auch eine entsprechende Anhebung für Fachpraxislehrkräfte erfolgen, die einen Großteil des Theorieunterrichts abdecken.

Simone Borris
Oberbürgermeisterin

Regina-Dolores Stieler-Hinz
Beigeordnete, Bürgermeisterin

Prof. Dr. Alexander
Stadtratsvorsitzender

Prof. Dr. Jens Strackeljan
Rektor der OvGU

Hagen Mauer
Präsident der
Handwerkskammer MD

Klaus Olbricht
Präsident der IHK MD

Prof. Dr. Manuela Schwartz
Rektorin der Hochschule MD/Stendal

sowie Vertreter des Bildungsausschusses der Stadt Magdeburg und der
Stadtelternvertretung:

Kornelia Keune
Ausschussvorsitzende

Dr. Annette Kirstein
Vorsitzende des
Stadtelternrat Magdeburg